Wahlprogramm

zur Bezirksversammlung 2019

BERGEDORF

100%

SOZIAL

DIE LINKE.

Wahlprogramm

zur Bezirksversammlungswahl 2019
DIE LINKE. Bezirksverband Bergedorf

Vorwort 5

Mietenwahnsinn stoppen – für sozialen Wohnungsbau 6

Stadtplanung muss Lebensräume für alle schaffen! 9

Bergedorf 100% sozial gestalten! 11

Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche! 13

Für ein würdiges Leben im Alter! 15

Verkehr 17

Umwelt, Klima, Tierschutz 20

Arbeit und Wirtschaft 23

Feminismus und Emanzipation 28

Migration 30

Kultur 32

Sport 34

Antifaschismus 36

Bezirke stärken 39

Vier- und Marschlande 41

Kandiadtinen und Kandidaten 44

ViSdP: Jens Schultz, DIE LINKE. Bezirksverband Bergedorf, Serrhanstraße 1
21029 Hamburg, Telefon: 040 25491253, E-Mail: vorstand@dielinke-bergedorf.de

Liebe Bergedorferinnen und Bergedorfer,

Zeitgleich mit den Europawahlen finden in Hamburg am 26. Mai 2019 auch die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt.

DIE LINKE. hat sich seit 2008 in der Bezirksversammlung Bergedorf erfolgreich mit Anfragen und Anträgen für soziale Gerechtigkeit auch vor Ort eingebracht. Diese Arbeit möchten wir für alle Bergdorferinnen und Bergedorfer auch in der kommenden Bezirksversammlung fortsetzen.

Dafür bitten wir Sie um Ihre 10 Stimmen, von denen Sie 5 Stimmen auf der Bezirksliste und 5 Stimmen auf Ihrer jeweiligen Wahlkreisliste vergeben können, damit es auch weiterhin heißt:

Bergedorf 100% SOZIAL!

Mietenwahnsinn stoppen – für sozialen Wohnungsbau

Recht auf Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und aus unserer Sicht ein existenzielles soziales Gut. Doch immer weniger Menschen in unserer reichen Stadt können sich bei explodierenden Mieten bezahlbaren Wohnraum leisten. Der Anteil der Mieterinnen und Mieter, die mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, steigt stetig. Es wird deutlich, dass die Bezahlbarkeit von Wohnraum für viele Menschen in der Stadt und im Bezirk immer problematischer wird.

Gleichzeitig fallen nach Angaben des Senats hamburgweit in den nächsten zehn Jahren über 40.000 öffentlich geförderte Wohnungen aus der Sozialbindung. Trotz des angekündigten Neubaus von jährlich 10.000 Wohnungen in Hamburg, davon 800 Wohnungen im Bezirk Bergedorf, wird sich die Lage weiterhin dramatisch zuspitzen.

Genehmigter bzw. geplanter Wohnungsbau ist in Realität nicht gleichzusetzen mit wirklich gebauten Wohnungen. Der Drittelmix an öffentlich geförderten Wohnungen funktioniert derzeit nicht. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren niemals ein Drittel der neu errichteten Wohnungen als solche des 1. Förderwegs (mit einer Einstiegsmiete bei 6,50 Euro/m²) gebaut worden. So waren nach Wohnungsbaubericht Hamburg im Jahr 2017 von 7.920 Neubauwohnungen lediglich 2.108 klassische Sozialwohnungen. Das entspricht einem Anteil von nur 26,6 Prozent. Auch in Bergedorf werden hauptsächlich teure freifinanzierte Mietwohnungen und Eigentumswohnungen gebaut. Von 854 genehmigten Wohneinheiten in Bergedorf im Jahr 2018 waren nur 237 (knapp 28 Prozent) mietpreisgebundene, geförderte Wohnungen.

Das trifft besonders die Ärmsten der Armen. Wohnen darf nicht arm machen! Wir treten dafür ein, dass soziale Aspekte beim Wohnungsbau und bei der Stadtentwicklung im Vordergrund stehen. Im Klartext: Wir brauchen eine Umkehr und eine Neuausrichtung auf eine soziale Stadtentwicklungspolitik, deren Schwerpunkt der soziale Wohnungsbau ist.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern: Der Wohnungsbau durch kommunale Unternehmen wie der SAGA, durch Genossenschaften oder andere gemeinwohlorientierte Träger muss Vorrang haben. Wohnen ist Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt für Immobilieninvestorinnen und -investoren. Notwendig sind mehr steuernde Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Wir fordern keine weiteren Luxuswohnungen, sondern bezahlbaren Wohnraum.

- Städtische Flächen nicht verkaufen: Um nicht die Gestaltungs- und Steuerungshoheit über öffentliches Gut dauerhaft zu verlieren, dürfen städtische Flächen nicht verkauft werden. Sie sind zeitlich gebunden in Erbpacht zu vergeben.

- Planen, Bauen und Verwalten in kommunaler Verantwortung: DIE LINKE fordert ein bezirkliches Wohnungsamt mit kommunalen Kompetenzen.

- Vorrang für Sozialwohnungen: Neubauten sollen vorrangig im sozialen Wohnungsbau realisiert werden. Investorinnen und Investoren sollen bei Neubauvorhaben auf einen Anteil von 50 Prozent öffentlich geförderter Wohnungen verpflichtet werden. Auf städtischen Flächen soll dieser Anteil bei bis zu 100 Prozent liegen.

- Sozialbindungen aufkaufen: Nach wie vor fallen mehr Wohnungen aus der Mietpreis- und Belegungsbindung heraus, als dass entsprechender Ersatz entsteht. Daher ist der Rückkauf von Sozialbindungen durch die Stadt ein weiterer Baustein, um den Mietenwahnsinn zu stoppen.

- Planvoll bauen: Auf Initiative unserer Fraktion verfügt Bergedorf über ein Flächenkataster, das systematisch Verwendung finden muss. Nachverdichtungspotenziale müssen genutzt werden, anstatt Grünflächen für immer zu versiegeln.

- Planlose Großprojekte wie Oberbillwerder stoppen: Nachhaltige Stadtentwicklung berücksichtigt soziale und ökologische Ressourcen. Großprojekte, bei denen soziale Aspekte ungenügend Berücksichtigung finden und die Umwelt unverhältnismäßig beeinträchtigt wird, lehnen wir ab. Das Projekt Oberbillwerder ist ein Musterbeispiel für eine falsche Stadtentwicklungsplanung ohne Rücksichtnahme auf die bestehende Umwelt und Kulturlandschaft. Die notwendige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum findet auch durch die Planung von Oberbillwerder nicht statt.

Stadtplanung muss Lebensräume für alle schaffen!

Stadtplanung vor Ort gestalten

Die Zerstörung der historischen Altstadt durch die B5 und die später angrenzende Bebauung in den 1960er Jahren haben Spuren hinterlassen. Die in den folgenden Jahren entstandenen Großsiedlungen auf der grünen Wiese, zunächst ohne jede Infrastruktur, markieren die weiteren grundsätzlichen Fehler der Vergangenheit. Erst der gewonnene Bürgerentscheid gegen das völlig überdimensionierte Einkaufszentrum des Baukonzerns „Hochtief“ im Jahr 2000 bedeutete eine gewisse Abkehr von einer Stadtplanung ohne Maß und Dimension.

Am jüngsten Beispiel des Bürgerentscheids um die Entwicklung des Stuhlrohrquartiers wird deutlich, dass Stadtplanung nicht ohne die qualifizierte Bürgerbeteiligung stattfinden darf.

Grundsätzlich fordert DIE LINKE für die Entwicklung des Bezirkes, dass die Interessen der Menschen im Vordergrund stehen. Über die Belange des Bezirks darf nicht durch den Senat aus Hamburg entschieden werden. Die Sichtweise Hamburgs auf den Bezirk als Flächenreserve lehnt die Bergedorfer LINKE ab.

Stadtentwicklung und Bebauungspläne dürfen sich nicht länger vorrangig den Wirtschafts- und Investoreninteressen unterordnen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Entlang des vorhandenen Flächenkatasters des Bezirks muss Stadtentwicklung an den bestehenden Quartieren und Stadtteilen geplant werden.

- Eine notwendige Quartiersinfrastruktur unter der Einbeziehung von Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten, sozialer und kultureller Einrichtungen, ausreichender Grün- und Freiflächen, barrierefreier Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr und Lärmschutz in den Quartieren müssen Bestandteil jeder Planung sein.

- Um die Lebensqualität und die Identität in den Quartieren zu erhalten und auszubauen fordern wir die auskömmliche finanzielle Absicherung von sozialen und kulturellen Einrichtungen im Bezirk über eine Regelfinanzierung durch den Hamburger Haushalt.

Soziale Gerechtigkeit für alle Generationen

Bergedorf 100% sozial gestalten!

Bergedorf gehört zu einer Stadt, in der mehr als 40.000 Millionärinnen und Millionäre leben und eine ähnliche Zahl Menschen auf kostenlose Lebensmittel der Tafeln angewiesen sind. Wer es sich leisten kann, hat Zugriff auf beispielhaft gute medizinische Versorgung – wer nicht, wartet monatelang auf einen Facharzttermin. Wir setzen uns für ein Bergedorf ohne soziale Ungleichheit, ohne Ausgrenzung und ohne Armut ein.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Armut bekämpfen: Auch in Bergedorf sinken die Arbeitslosenzahlen, aber die Armut wächst. Alleinerziehende, Menschen ohne Berufsabschluss oder mit Migrationshintergrund sind durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die un-

menschliche Gestaltung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) besonders betroffen. Vielen der heutigen Beschäftigten droht später Altersarmut und viele Rentnerinnen und Rentner sind bereits jetzt arm. Wir werden mit allen demokratischen und sozialen Akteuren im Bezirk zusammenarbeiten, um Armutsursachen zu bekämpfen.

- Bestehende Einrichtungen fördern: Soziale Einrichtungen müssen gefördert und dürfen nicht kaputtgespart werden. Bergedorf braucht in den sozialen Einrichtungen bedeutend mehr Personal und Planbarkeit durch Regelfinanzierungen. Die Patenschaftsprojekte in Bergedorf und die Freiwilligenagentur müssen stärker unterstützt werden. Es braucht in Bergedorf weiterhin den Ausbau niedrigschwelliger unabhängiger Beratungsangebote in allen Stadtteilen. Dazu gehört auch die Personalaufstockung und Erweiterung der Schuldnerberatung.

- Obdachlose unterstützen: Der Plan, eine Tagesaufenthaltsstätte für obdachlose Menschen in Bergedorf zu errichten, muss intensiv weiterverfolgt werden. Außerdem muss in Bergedorf ein ausreichendes Winternotprogramm aufgelegt werden.

- Mobilität ermöglichen: Anstatt die HVV-Preise moderater zu gestalten, erhöhten sich gerade Ende 2018 die Preise für Seniorentickets. Wir fordern ein Sozialticket, das seinen Namen auch verdient. Es darf nicht von den HVV-Preisen abhängen, ob ein Mensch mobil sein kann oder nicht.

- Ärztliche Versorgung verbessern: Bergedorf benötigt eine viel größere Zahl an Fachärztinnen und Fachärzten. Hier gilt es, sich weiter mit der Kassenärztlichen Vereinigung auseinander zu setzen. Die Existenz einer weiteren Notfall-Ambulanz im Umfeld von Bergedorf hat keine Entspannung für die Notaufnahme des Bethesda-Krankenhauses und die Patientinnen und Patienten gebracht. Wir setzen uns hier für eine Erweiterung von Möglichkeiten für Hilfesuchende im Notfall ein.

Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche!

Vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind Grundpfeiler einer starken humanen Gesellschaft. Daher treten wir für Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und eine stabile soziale Infrastruktur ein.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Bildungsungerechtigkeit abbauen: Bildungsmöglichkeiten dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Alle Jugendlichen müssen zu einem Schulabschluss gebracht werden, mit dem sie eine Ausbildung oder ein Studium beginnen können. Dabei müssen unterstützende Maßnahmen beim Übergang von Schule zu Berufsausbildung intensiviert werden. Dazu gehören auch Schuldnerberatungen in den Oberstufenklassen und den Einrichtungen der Berufsausbildung, da frühe Verschuldung eine wesentliche Ursache für die Nichtaufnahme einer Ausbildung ist.

- Bildungszugang erleichtern: In Kitas, Schulen und auch bei Auszubildenden mit geringem Entgelt fordern wir kostenlose Verpflegung. Auch der kostenlose Zugang zu Kulturveranstaltungen wie Theater-, Konzert- und Museumsbesuchen gehört zu einer wertvollen Bildung. Dazu müssen auch andere Hürden, wie z. B. Fahrtkosten für Nicht- bzw. Geringverdienende, abgeschafft werden.

- Personalausstattung verbessern: Wir fordern ein einheitliches Bildungssystem in Hamburg und Bergedorf mit ausreichend hochqualifizierten Fachkräften. Dazu gehören auch die notwendigen Unterstützungen für die Inklusion mit sozialpädagogisch und sonderpädagogisch ausgebildeten Personal im Vormittags- und Nachmittagsbereich. Trotz vieler Kämpfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kitas und Krippen in den letzten Jahren bleibt die Forderung nach einer besseren

personellen und finanziellen Förderung dieser Kindereinrichtungen aktuell. Die verbesserten Personalschlüssel müssen konsequenter umgesetzt und auch kontrolliert werden. Der Anteil der sicheren Inklusion muss dabei erhalten bleiben.

- Angebote erweitern: Die soziale Infrastruktur muss ausgebaut werden, wie z. B. die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die Straßensozialarbeit (mit der Unterstützung ehrenamtlicher jugendlicher Streetworkerinnen und Streetworker) und die Jugendclubs. Die Jungenarbeit und Angebote für Kinder im Altersbereich von 11 bis 14 Jahren müssen in Bergedorf erweitert werden. Wir fordern auch den Ausbau von niedrigschwelligen selbstorganisierten Jugendtreffs. Nach wie vor müssen wir uns um die Vergrößerung der Zahl der Jugendwohnungen bemühen.

- Minderjährige geflüchtete Menschen unterstützen: Den minderjährigen geflüchteten Menschen in unserem Bezirk muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das bedeutet u. a. Betreuungspersonal und Vormundinnen und Vormunder nicht mit zu vielen Aufgabenstellungen aus der Ausländergesetzgebung zu belasten. Wir wollen in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb für Erziehung und Bildung (LEB) aktivieren.

- Kooperationen intensivieren: Bei all diesen Maßnahmen fordern wir die Behörden und das Bezirksamt auf, den berechtigten notwendigen Forderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Raumerweiterung und Finanzierungsbedarfen, insbesondere bei der Mädchenarbeit, nachzukommen.

- Partizipation fördern: Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, z. B. durch die Einrichtung eines Jugendbeirates, an allen sie betreffenden Themen muss weiter ein wesentlicher Schwerpunkt im Bezirk bleiben.

Für ein würdiges Leben im Alter!

Gegen Altersarmut!

Hamburg ist eine Hochburg der Altersarmut. Die Rentenerhöhungen in der Vergangenheit haben die Steigerung der Haushaltskosten bei weitem nicht aufgefangen. Der Anteil von über 65-jährigen, die Grundsicherung beziehen müssen, steigt in Hamburg stetig. Neben den normalen gesundheitlichen Beeinträchtigungen schränken soziale Faktoren das selbstbestimmte erfüllte Leben im Alter zunehmend ein.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Finanzielle Zuwendungen erhöhen: Die Mittel für die Seniorenarbeit im Bezirk müssen erhöht werden, z. B. für weitere preiswerte Mittagstische.

- Wohnortnahe Einrichtungen aufbauen: Bergedorf braucht mehr wohnortnahe Seniorentreffs. In Neuallermöhe fehlt eine Tagessenioreneinrichtung. Bergedorf braucht mehr Beratungsstellen vor Ort – paritätisch zusammengesetzt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenversicherungsträger, der ARGE und dem Grundsicherungsamt.

- Beratungsangebote verbessern: Die sachgerechte Beratung mit Unterstützung bei der Antragstellung für Seniorinnen und Senioren im Bezirk muss verbessert werden. Häufig werden aus Unwissenheit und Scham berechtigte Leistungen nicht eingefordert. Die Pflegeberatung Hilfesuchender für eine optimale Pflege muss verstärkt werden.

- Versorgungslücken schließen: Die Mobilität von Seniorinnen und Senioren ist häufig eingeschränkt. Einkaufsmöglichkeiten und Ärztinnen und Ärzte sind in einigen Stadtteilen von Bergedorf für Menschen mit Einschränkungen nur unter großem Aufwand erreichbar.

- Barrierefreiheit sicherstellen: Der öffentliche Personennahverkehr ist für ältere und gehbehinderte Menschen oft schwer nutzbar. Häufig sind beispielsweise der Fahrstuhl und die Rolltreppen im Bergedorfer Bahnhof defekt. Menschen mit Einschränkungen müssen dann Umwege und mehr Zeit aufwenden. Wir werden die Deutsche Bahn AG weiterhin über die Bezirksversammlung auffordern, den zweiten Aufzug zum Busbahnhof endlich zu bauen.

- Alternative Wohnformen fördern: Generationsübergreifende und alternative Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser müssen im Bezirk gefördert werden.

- Wohnpflegeaufsicht im Bezirk verankern: Die Wohnpflegeaufsicht darf nicht zentralisiert werden, sondern muss im Bezirk Bergedorf verbleiben und personell verstärkt werden.

Verkehr

Vorfahrt für Bus und Bahn sowie den Rad- und Fußverkehr!

Auch wenn das Fahrrad allmählich als Verkehrsmittel wiederentdeckt wird, heißt Verkehrsplanung in Bergedorf noch immer: das Auto kommt zuerst. Dabei ist schon heute in der Innenstadt zu Stoßzeiten kaum ein Durchkommen mehr. Die Belastung durch Lärm und Abgase trifft alle. Im Landgebiet ist es dagegen mit dem öffentlichen Personennahverkehr nicht weit her. Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer werden immer noch als nachrangige Mitbenutzende der Straßen und Fußgängerinnen und Fußgänger als Hindernis für den fließenden Verkehr abgestempelt. Das spiegelt sich in den unterfinanzierten Sanierungs- und Baumaßnahmen wider.

DIE LINKE steht für neue Prioritäten in der Verkehrspolitik. Die Anbindung des Bezirks an das Umland nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg durch den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) muss ganz oben in der Verkehrsagenda stehen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen: Um eine Verringerung des motorisierten Individualverkehrs zur erreichen, muss zuerst der ÖPNV auch im Bezirk massiv ausgebaut werden. Es kann nicht erwartet werden, dass die Menschen ihr Auto stehen lassen in der Hoffnung, dass der ÖPNV dann eventuell in ferner Zukunft dem gestiegenen Bedarf angepasst wird.

- S-Bahnlinie S21 ausbauen: Die Taktung der S21 muss tagsüber auf 5 Minuten verkürzt werden. Während des Berufsverkehrs müssen zusätzlich Langzüge eingesetzt werden. Auch unter der Woche muss die S21 nachts durchfahren.

- U-Bahn nach Bergedorf: Für einen attraktiven und zuverlässigen ÖPNV benötigt Bergedorf eine zweite Schienenanbindung nach Hamburg. Hierzu muss die U2 von Mümmelmannsberg bis zum Bergedorfer Bahnhof verlängert werden. Bei der Linienführung ist insbesondere Lohbrügge-Nord zu berücksichtigen, da dies eines der größten Hamburger Wohngebiete ohne einen Anschluss ans Schienennetz ist.

- Bahnanbindung nach Geesthacht: DIE LINKE plädiert dafür, die laufenden Untersuchungen zur Reaktivierung der Bahnlinie abzuwarten. Die bestehenden Busverbindungen nach Geesthacht sollen ausgebaut statt eingeschränkt werden.

- ÖPNV im Landgebiet ausbauen: Zurzeit ist die ausschließliche Nutzung des ÖPNV für die Bewohnerinnen und Bewohner der Vier- und Marschlande in der Praxis nicht möglich. Für eine attraktive und zuverlässige Anbindung des Landgebiets an den ÖPNV muss die Taktung tagsüber auf längstens 30 Minuten verkürzt werden. Für eine uneingeschränkte Nutzung des ÖPNV müssen auch nachts Busse verkehren. Hierzu sollte auch über flexiblere Bestellbussysteme nachgedacht werden.

- Bahnhof auch für Züge nutzen: Am Bergedorfer Bahnhof halten nach jahrelangem Verbindungsabbau nur noch wenige IC- und

EC-Züge. Für ein Zentrum mit ca. 130.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und einem großen Einzugsgebiet aus dem Umland ist das keine vernünftige Fernbahnanbindung. Auch wenn die Deutsche Bahn AG sich Jahr für Jahr weigert, diese Situation zu ändern, tritt DIE LINKE dafür ein, dass alle IC-/EC-Züge in Bergedorf halten. Zusätzlich treten wir dafür ein, dass neben den Regionalbahnen (RE) auch in den IC- und EC-Zügen zwischen Bergedorf und Hamburg die Tickets des HVV gelten.

- Radverkehr fördern: Zur Förderung des Radverkehrs müssen die im Radverkehrskonzept Bergedorf vorgesehenen Bezirks- und Stadtteilrouten zügig umgesetzt werden. Diese sind für die Bergedorfer Radfahrerinnen und Radfahrer mindestens so wichtig wie die Velorouten in Richtung Hamburg. An sämtlichen zentralen Orten müssen ausreichende und kostenfreie Abstellmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

- Fußverkehr fördern: Der Fußverkehr muss bei jeder Maßnahme mitgedacht und barrierefrei gestaltet werden. Es müssen deutlich mehr direkte und barrierefreie Wegeverbindungen geschaffen werden.

- Tempo-30-Zonen ausbauen: Tempo-30-Zonen sind ein bewährtes Mittel, um Wohnquartiere lebenswerter zu machen. Gleichzeitig ist vielerorts schon heute keine höhere Geschwindigkeit mehr risikolos möglich. Wir setzen uns den Menschen und der Umwelt zuliebe für eine merkbare Ausweitung der Tempo-30 Zonen im Bezirk ein. Überall da, wo es möglich ist, wollen wir unterstützende bauliche Maßnahmen, um die Durchfahrtsgeschwindigkeit verlässlich zu reduzieren.

- Kreisverkehre einrichten: Kreisverkehre sind ein erprobtes Mittel, Verkehrsflüsse zügiger und kreuzungsfrei abzuwickeln und dabei auch Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgängern ein sicheres Fortkommen zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch große Kreisverkehre an zentralen Stellen in Bergedorf realisiert werden. Dazu gehört auch die Kreuzung am Mohnhof, dem Eingangsbereich der Bergedorfer Innenstadt.

Umwelt, Klima, Tierschutz

Klimarettung beginnt vor Ort!

Nicht erst seit dem Starkregenereignis vom 10. Mai 2018 ist die Umweltpolitik mit all ihren Facetten in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Die zunehmende Versiegelung der Böden und der gleichzeitige Klimawandel mit seinen Extremwettern beeinflussen einen Bezirk wie Bergedorf, der in weiten Teilen Marschland ist, erheblich. Lärm und fehlende Luftqualität machen vielen Menschen zu schaffen. Bergedorf im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN zu gestalten, weit über die bescheidenen Ziele des Senats hinaus, muss die Aufgabe einer verantwortungsvollen Bezirkspolitik sein. Wir sehen ökologisches Handeln von heute als Voraussetzung für das soziale Miteinander von morgen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Flächen entsiegeln: Wir setzen uns für einen Stopp der Flächenversiegelung im Bezirk ein. Das schließt neue Baumaßnahmen aus, solange nicht im Gegenzug Flächen entsiegelt werden.

- Regenerative Energien bevorzugen: Der Einsatz regenerativer Energien ist in allen Bereichen zu bevorzugen. Dabei ist auch die Erhaltung des Lebensumfeldes von Menschen und Tieren zu berücksichtigen. Die Umstellung des ÖPNV auf Elektroantriebe zur Entlastung des Innenstadtbereichs Bergedorfs muss beschleunigt werden. Wir brauchen eine Diskussion rund um die Erstellung einer Strategie zur Nahwärmeversorgung des Bezirks.

- Luftmessstationen einrichten: Bergedorf braucht eine eigene Luftmessstation im Kernbereich und eine Station für Hintergrundmessungen.

- Lärmschutz verbessern: Wenn die Deutsche Bahn an den Bahnstrecken nicht zu Lärmschutzmaßnahmen gesetzlich verpflichtet werden kann, muss die Hansestadt die Kosten übernehmen.

- Ökologische Landwirtschaft fördern: Die ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft muss mehr gefördert werden. Landwirtschaftliche Monokulturen zur Energieerzeugung lehnen wir ab. Zur Förderung der Biodiversität sollen an allen landwirtschaftlich genutzten Flächen Blühstreifen angelegt werden. Eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik mit unserem schleswig-holsteinischen Umland ist notwendig, um die Schadstoffeinbringungen, insbesondere die Nitratbelastung, zu reduzieren. Glyphosat verbieten!

- JA zu Bergedorfs Kleingärten: Kleingärten in Ballungszentren übernehmen wichtige ökologische und soziale Funktionen. Den Plänen des Senats, bestehende Kleingartenflächen auch in

Bergedorf „überplanen” und verdichten zu wollen, erteilen wir eine klare Absage. Nein zum Grünfraß!

- Dioxin-Altlasten beseitigen: Wir fordern die Grundsanierung der mit Dioxin kontaminierten Böden in der Boberger Niederung auf Kosten des Verursachers. Die bestehenden Verdachtsflächen, wie z. B. Moorfleeter Brack und Feldhofe/Unterer Landweg, müssen untersucht werden.

- Fracking und Hochrisikotechnologien verhindern: Sobald die bergrechtlichen Genehmigungen auslaufen, dürfen keine neuen Bergbaugenehmigungen zur Öl- und Gasförderungen erteilt werden. Damit werden auch Frackingversuche ausgeschlossen. Wir fordern den Stopp aller Atomtransporte durch den Bezirk Bergedorf – auch für Transporte von und nach Krümmel, solange keine Endlagermöglichkeiten vorhanden sind.

- Zuständigkeiten neu ordnen: Das Konzept von Ausgleichsflächen muss überarbeitet werden. Bergedorf leistet für Bauprojekte in ganz Hamburg einen überdurchschnittlichen Beitrag an Ausgleichsflächen und besonders ergiebige Agrarböden werden von Hamburg bevorzugt als Ausgleichsfläche genutzt. Die Bergedorfer Verpflichtung gegenüber Hamburg, Flächen für Industrie und Gewerbe vorzuhalten, muss beendet werden. Für die Wälder in Bergedorf sollte die Umweltbehörde zuständig sein.

- Veterinärdienste ausbauen: Der Veterinärdienst des Bezirksamts muss ausgebaut werden, um häufigere und wirkungsvollere Kontrollen zu ermöglichen.

- Präsentation von Wildtieren beenden: Zirkusbetriebe, die Wildtiere zur Schau stellen, sollen keine Genehmigung mehr für Gastspiele auf öffentlichen Flächen im Bezirk, z. B. dem Frascatiplatz, durch das Bezirksamt erhalten.

Arbeit und Wirtschaft

Menschen vor Profit!

Hamburg und Bergedorf müssen endlich sozialer werden! Darum bekämpfen wir prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, Kinder- und Altersarmut. Wir fordern das Ende von Hartz IV und der Ein-Euro-Jobs.

Hamburg ist eine der reichsten Städte in Deutschland und gleichzeitig die Hauptstadt ungleich verteilter Einkommen. Die soziale Spaltung in der Stadt nimmt weiter zu. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse, schlecht bezahlte Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs und Arbeit auf Abruf sind auf dem Vormarsch. Jedes fünfte Kind in Hamburg muss von Hartz IV leben. Immer mehr Menschen sind dem Hartz-Regime unterworfen: Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende oder Menschen mit Migrationshintergrund. Bis heute halten die anderen Parteien an dem Irrweg der sozialen Spaltung fest. DIE LINKE wird mit dieser sozialen Spaltung weiterhin keinen Frieden machen. Wir stehen für einen sozialen und fairen Ausgleich. Das bedeutet eine Umverteilung zu Gunsten der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge anstelle der Privatisierung. Stattdessen müssen der Bezirk und seine öffentlichen Einrichtungen endlich das Geld und das Personal erhalten, um ihre gesellschaftlich notwendigen Aufgaben erbringen

zu können und zwar mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Wir fordern die Rekommunalisierung von privatisierten ehemals öffentlichen Aufgaben.

Zur weiteren Integration von Langzeitarbeitslosen wollen wir mit der Arbeitsagentur, den zuständigen Behörden, den Gewerkschaften und sozialen Trägern ein Konzept für eine Initiative zu einem „sozialen Arbeitsmarkt Bergedorf“ entwickeln. Wir setzen uns auch für den Verbleib und Ausbau der Produktionswerkstätten von „Sprungbrett” in Bergedorf ein.

Eine weitere Aufgabe des Bezirks Bergedorf besteht in der Integration von Migrantinnen und Migranten und geflüchteten Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Bergedorfer Politik muss dieses Thema konsequenter und auch mit neuen regionalen Konzepten bearbeiten. Dazu wird DIE LINKE eine entsprechende Initiative in die neue Bezirksversammlung einbringen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse statt Ein-Euro-Jobs: Ein-Euro-Jobs sind als Arbeitsmarktinstrument weithin untauglich. Wie befürchtet hat dieses Instrument Rot-Grüner Politik zu einer Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen geführt und die Betroffenen nicht oder kaum in Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt geführt. Die Reduzierung der Ein-Euro-Jobs in den letzten Jahren ist lediglich auf Kostengründen zurückzuführen. Daher tritt DIE LINKE auch für Korrekturen bei den verbliebenen Ein-Euro-Jobs ein! Dabei ist darauf zu achten, dass Ein-Euro-Jobs nicht einfach durch Beschäftigung im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres ersetzt werden.

- Erhalt öffentlicher Aufgaben – keine Privatisierung: Hamburg und die Bezirke ziehen sich aus immer mehr Bereichen öffentlichen Handelns zurück. Durchschlagenden Erfolg hatte bisher keine dieser Privatisierungsaktionen. Im Gegenteil: Die gesellschaftlichen Kosten, die hinterher entstanden, der Verlust von Gestaltungs-

möglichkeiten und von Arbeitsplätzen haben solches Handeln immer teurer werden lassen. Die Bezirke bluten personell aus und verlieren immer mehr an Know-how.

- Privatisierte Aufgaben zurück in öffentliche Hand – Rekommunalisierung: Das Scheitern der meisten Privatisierungen hat leider nicht dazu geführt, diese wieder zurückzunehmen. Mit der erfolgreichen Volksinitiative zum Rückkauf der Strom- un‡d Gasnetze, der Neugründung von Stadtwerken oder der Rückübertragung des Winterdienstes an die Stadtreinigung gibt es einige Ansätze. Aber die Kliniken, das Gebäudemanagement der Schulen oder die Grünflächenpflege sind immer noch da, wo sie nicht hingehören: in privaten Händen. Mit einer noch staatlichen Telekom, wären die Vier- und Marschlande wohl heute schon flächendeckend mit schnellem Internet versorgt. Rekommunalisierung heißt auch, dass wir den Aufbau von Beschäftigung durch das Bezirksamt fordern!

- Verpflichtung von Auftragsnehmenden auf Mindestlohn: Der Bezirk soll bei der Vergabe von Aufträgen wenigstens auf die Einhaltung der Branchen-Mindestlöhne achten. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur diese, sondern der von der LINKEN geforderte Mindestlohn von 12 Euro als Untergrenze Berücksichtigung findet.

- Auftragsvergabe nur an tariftreue und ausbildende Unternehmen: Bei der Vergabe öffentlicher Aufgaben wollen wir, dass stärker darauf geachtet wird, ob Bewerberinnen und Bewerber nach Tarif bezahlen und ihrer Verpflichtung zur Ausbildung nachkommen.

- Guter Lohn für gute Arbeit -- Keine Lohndrückerei: Das Bezirksamt ist einer der größten Arbeitgeber im Bezirk. Wir erwarten, dass der Bezirk sich für eine angemessene Bezahlung aller Bezirksangestellten einsetzt. Dazu gehört auch die Ablehnung weiterer sozialer Einschnitte, wie z. B. beim Weihnachtsgeld und bei der Wochenarbeitszeit. Lohndrückerei, ob durch ungenügend bezahlte Beschäftigungsverhältnisse, schlecht entlohnte Zeitarbeitsverhältnisse, Arbeitsverhältnisse über Werkvertrag oder die Beschäftigung etwa von Praktikantinnen und Praktikanten oder auf

regulären Arbeitsplätzen dürfen nicht das soziale Gefüge im Bezirk sprengen. Wo immer solche Missstände sichtbar werden, müssen wir nach Handlungsalternativen suchen.

- Vorrangige Vergabe von Aufträgen an Bergedorfer Betriebe und Institutionen: DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Verwaltung auch weiterhin Aufträge an Unternehmen im Bezirk oder in das direkte Umland vergibt. Diese Praxis muss unbedingt erhalten und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

- Förderung des einheimischen Gewerbes/Handwerks: Das örtliche Gewerbe und Handwerk haben eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Diese Entwicklung wollen wir fördern, z. B. durch die Schaffung weiterer Gewerbehöfe, die Neugründerinnen und Neugründern finanzierbare innerörtliche Flächen zur Verfügung stellt, auf denen sie ihren Betrieb in aller Ruhe auf sichere Beine stellen können.

- Schaffung neuer Ausbildungsplätze im Bezirksamt: Die öffentliche Hand kann in Bergedorf mit gutem Beispiel vorangehen. DIE LINKE fordert, dass das Bezirksamt weiterhin auch über den Bedarf ausbildet.

- Umweltgerechte Tourismus- und Naherholungsförderung in den Vier- und Marschlanden: Die Vier- und Marschlande sind ein lebendiger Teil des Bezirks. Hier arbeiten und leben Menschen in einer für Hamburg einmaligen Umgebung. Gleichzeitig bieten sie aber auch die Möglichkeit, für die Stadtbevölkerung Natur innerhalb der Stadtgrenzen zu erleben. Wir setzen uns für eine schonende Entwicklung des Tourismus und der Naherholung ein, ohne dass der einzigartige Charakter der Vier- und Marschlande darunter leidet. DIE LINKE fordert die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismuskonzeptes, das ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

- Unterstützung der bezirklichen Ausbildungsplatzinitiative: Die bezirkliche Ausbildungsplatzinitiative leistet seit Jahren eine hervorragende Arbeit. Wir wollen dieses Erfolgsmodell lokaler

Ausbildungsplatzpolitik weiter fördern. Leider genügt das Erreichte bisher nicht. Deshalb fordern wir: Alle Bergedorfer Jugendliche müssen, wenn sie es wollen, einen anerkannten betrieblichen Vollausbildungsplatz erhalten. Da, wo Frauen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen benachteiligt sind oder eine geschlechterspezifische Vergabe von Ausbildungsplätzen sie benachteiligt, setzen wir uns für eine Änderung dieser benachteiligenden Praxis ein. Geflüchtete Menschen und Migrantinnen und Migranten brauchen zusätzliche Förderungen, um Bildungsvoraussetzungen zu erwerben und eine erfolgreiche Ausbildung zu absolvieren. Wir fordern den Bezirk Bergedorf auf, die Initiative für eine landesweite Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildungsbereite Betriebe zu unterstützen.

Feminismus und Emanzipation

Frauenrechte sind Menschenrechte!

Immer noch verdienen Frauen bis zu 22 Prozent weniger als Männer für eine vergleichbare Tätigkeit. Frauen übernehmen immer noch überwiegend die Erziehungsarbeit und die Versorgung der Familie. Dies trägt zur finanziellen Schlechterstellung wesentlich bei. Kinder sind dann ein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut. Weiterhin sind Frauen immer noch zu einem großen Teil für die Versorgung pflegebedürftiger Eltern zuständig, weil die Pflege im Altenheim sonst zur Armutsfalle für die Familie wird. Wir setzen uns für die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht ein. Unser Ziel ist ein emanzipiertes Bergedorf mit gleichen Chancen für alle.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Berufsorientierung fördern: Das Einkommen vieler Frauen ist auch geringer, da sogenannte „Frauenberufe“ schlechter bewertet werden als vergleichbare „Männerberufe“. Wir brauchen in unseren Bergedorfer Schulen mehr und bessere Möglichkeiten, Mädchen und junge Frauen für technische Berufe langfristig zu begeistern. Die sogenannten „Frauenberufe”, wie z. B. die Kranken- oder Altenpflege, müssen aufgewertet werden.

- Frauenhäuser unterstützen: Nach wie vor sind überwiegend Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Wir brauchen mehr Plätze in Frauenhäusern für Frauen und Kinder, die in gewalttätigen Familien leben. Nach der Schutzzeit im Frauenhaus brauchen wir für diese traumatisierten Familien vor allen Dingen preiswerten neuen Wohnraum in Bergedorf.

- Mädchentreffs erweitern: Die vorhandenen Mädchentreffs müssen mit Blick auf die kommenden geburtenstarken Jahrgänge dringend erweitert werden und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss sich an der Bezahlung im Öffentlichen Dienst orientieren.

- Wohnprojekte für obdachlose Frauen einrichten: Unter obdachlosen Frauen ist die Not oft unvorstellbar groß. Viele Frauen sind nicht nur ohne Wohnung – sie sind arm sowie oft körperlich und psychisch erkrankt, sind sexuellen Übergriffen ausgesetzt und leiden häufig unter sexueller Ausbeutung. Wir brauchen für diese Frauen Wohnprojekte im Bezirk, in denen sie sich regenerieren können und Schutz finden.

- Wohnrecht schützen: Bei Trennung einer Partnerschaft droht Frauen, als überwiegend finanziell schwächerem Teil, der Verlust der Wohnung. Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle muss dafür Sorge tragen, dass der Wohnraum gesichert wird.

- Institutionelle Gleichstellung sichern: Bei der Vergabe von bezirklichen Mitteln muss routinemäßig geprüft werden, ob und wie die jeweiligen Maßnahmen die Gleichstellung der Geschlechter fördern (Gender Budgeting). Für diese Thematik brauchen wir eine Gleichstellungsbeauftragte mit mehr als nur einem symbolischen Stellenanteil, die die Kompetenz erhält, bei Gleichstellungsthemen inhaltlich einwirken und handeln zu können.

Migration

Integration statt Ausgrenzung!

Bergedorf hat eine heterogen zusammengesetzte Bevölkerung, die u. a. auch durch Migration weiter wächst. Wir wollen erreichen, dass alle geflüchteten Menschen und Migrantinnen und Migranten nach ihren Fähigkeiten und Wünschen in unsere Gesellschaft integriert werden und in Würde hier leben können. Integration ist ein beidseitiger Prozess. Wir werden uns weiter mit den bestehenden Vereinen, den Hilfsorganisationen und Initiativen vor Ort vernetzen, um beidseitige Integrationshürden abzubauen und ein soziales Miteinander in Bergedorf zu fördern. Allen Tendenzen sozialer Ausgrenzung werden wir uns entschieden entgegenstellen!

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Strukturen ausbauen: Wir fordern eine regelhafte und auskömmliche Finanzierung der Integrationsarbeit im Bezirk sowie eine stärkere Professionalisierung. Vielfach stark belastete Freiwillige im Ehrenamt sollten durch bezahltes Personal entlastet werden. Wir wollen die Stärkung des bzw. der Integrationsbeauftragten durch eine entsprechende Etatsteigerung erreichen. Außerdem fordern wir eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich. Die Strukturen in der Integrationsarbeit müssen verdichtet und systematisiert werden. Daher wollen wir die Initiative „Bergedorfer Machbarschaft“ wieder anregen.

- Wohnraum einplanen: Nach wie vor dauert es Jahre, ehe geflüchtete Menschen aus Containersiedlungen in reguläre Mietwohnungen umziehen können. Wir fordern deshalb, neben den sogenannten Sozialwohnungen, auch Wohnungen für geflüchtete Menschen von vornherein bei neuen Wohnungsbauprojekten mit zu planen. Dazu müssen SAGA, Baugenossenschaften und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) stärker gefordert werden.

- Sprachkurse anbieten: Wir fordern den Zugang zu kostenlosen Sprachkursen für alle Migrantinnen und Migranten unabhängig vom individuellen Aufenthaltsstatus.

- Patenschaften unterstützen: Für einen zugewanderten Menschen ist es häufig sehr schwer, sich in der deutschen Bürokratie zurechtzufinden. Deshalb werden wir intensiv die Patenschaftsangebote durch den Verein „Bergedorfer für Völkerverständigung“ unterstützen – insbesondere mit der Forderung einer auskömmlichen Finanzierung.

- Geflüchtete Frauen fördern: Die Integration von geflüchteten Frauen wird für unsere weitere Arbeit einen besonderen Schwerpunkt bilden. Dazu werden wir eine internationale Frauen-Runde im Bezirk anstoßen.

Kultur

Kultur für alle!

Kultur ist ein hohes Gut und kulturelle Angebote müssen allen Menschen in Bergedorf gleichermaßen zugänglich sein. Kulturelle Einrichtungen müssen deshalb finanziell ausreichend ausgestattet werden. Es bedarf einer mittelfristigen gesicherten Regelfinanzierung und nicht wie bisher unsichere Finanzierungen von Jahr zu Jahr aus unklaren Töpfen. Langfristige Planungen sind so für viele Einrichtungen nicht möglich. Die heutigen kulturellen Angebote sind nur mit Hilfe Ehrenamtlicher aufrechtzuerhalten, die sich oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit einsetzen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Mittel für Museumslandschaft sichern: 2013 gingen das Museum im Schloss und das Rieck-Haus nach langen Auseinandersetzungen mit der Hamburger Kulturbehörde in die

Verantwortung des Bezirks über. Beide Einrichtungen werden gut besucht. Die finanziellen Mittel müssen für Ausstellungen und Projekte in angemessener Höhe gesichert sein. Wir fordern das Bezirksamt auf, Transparenz über die Einnahmen der Museumslandschaft zu gewährleisten.

- Zweites Stadtteilkulturzentrum einrichten: Bergedorf ist ein wachsender Bezirk und benötigt neben der LOLA ein weiteres Kulturzentrum. Das KulturA könnte nach seiner Grundsanierung diese Aufgabe für Neuallermöhe wahrnehmen. Auch hier müssen die finanziellen Mittel für die kulturellen Angebote deutlich angehoben werden.

- Kinderkulturzentrum (KIKU) unterstützen: Das KIKU leistet hervorragende Arbeit und genießt weit über die Grenzen Bergedorfs und Hamburgs hinaus einen glänzenden Ruf. Es bietet Eltern vielfältige Hilfe an und engagiert sich besonders im Bereich der Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Trotzdem fehlen häufig finanzielle Mittel, obwohl auch die Sozialbehörde die Arbeit des KIKU in höchsten Tönen lobt.

- Bürgerhäuser stärken: Die Bergedorfer Bürgerhäuser als wesentliche soziale Anlaufpunkte brauchen eine ausreichende Regelfinanzierung. Alle Bürgerhäuser leisten eine beeindruckende Stadtteilarbeit mit zahlreichen Angeboten. Leider sind die kulturellen Angebote nur mit Hilfe ehrenamtlicher Arbeit aufrechtzuerhalten. Im Rahmen der Neugestaltung mit RISE-Mittel für Bergedorf-West muss ein neues Gebäude für das Westibül und den Container P5 gebaut werden. Dieses gemeinsame Haus muss allen Anforderungen an ein modernes Bürgerhaus gerecht werden. Als Platz dafür bietet sich der ehemalige P&R-Parkplatz in Bergedorf-West an.

- Ausstellungsräume schaffen: Bergedorf hat eine große Kunstszene. Leider gibt es kaum bezahlbare Räume für Bildendende Kunst und Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker. Auch hier muss der Bezirk Bergedorf den Künstlerinnen und Künstlern hilfreich zur Seite stehen.

Sport

Sport für alle ermöglichen!

Sport hat einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft und wird von vielen Menschen in unterschiedlichsten Sparten ausgeübt, sei es als Einzelperson oder im Teamsport. Der Sport ist für viele Ausgleich für Stress, z. B. durch die Arbeitswelt. Viele Menschen verbinden mit dem Sport den Begriff Fairness. Wichtige Voraussetzungen für Sportaktivitäten von Menschen jeglichen Alters ist der freie Zugang zu Sportanlagen, sei es auf Sportplätzen oder in Sporthallen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Kostenlosen Zugang ermöglichen: Die Stadt Hamburg und der Bezirk Bergedorf sind gefordert, jedem Verein und allen Sportinteressierten (mit oder ohne Vereinszugehörigkeit) den kostenlosen Zugang zu Sportanlagen zu ermöglichen.

- Sportstätten sanieren und pflegen: Der Bezirk und die Stadt Hamburg haben die Pflicht, die Sportanlagen in einem guten Zustand zu halten. Sportanlagen dürfen nicht nach der Kassenlage der Stadt Hamburg, sondern nach den Bedürfnissen der Sporttreibenden ausgerichtet sein, d.h. alle Sportanlagen einschließlich des Umkleidebereiches mit Nasszellen müssen sich in einem guten Zustand befinden und ausreichend vorhanden sein. Grandplätze sollte es in Bergedorf nicht mehr geben und stattdessen in Kunstrasenplätze umgewandelt werden.

- Vereine finanziell unterstützen: Die Sportvereine leisten neben ihrem vielfachen Angebot an Sportarten einen großen Beitrag an Sozialarbeit. Die Vereine benötigen eine bessere finanzielle Unterstützung, damit Sportaktivitäten gut genutzt werden können.

- Schwimmhalle bauen: Das Bille-Bad reicht für Bergedorf schon lange nicht mehr aus. Die Vereine haben zu wenig Trainingszeiten. Viele Kinder können nicht richtig schwimmen – auch weil aus Kapazitätsgründen zu wenig qualifizierte Schwimmkurse

angeboten werden können. Allgemeiner Schwimmunterricht muss wieder systematisch durch qualifizierte Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer möglichst vorschulisch oder aber spätestens im ersten Schuljahr durchgeführt werden. Hier bedarf es auch einer besseren Koordination zwischen Sportamt und Schulbehörde.

- Badeseen nutzen: Bergedorf hat viele Badeseen. Dort muss noch mehr auf Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer geachtet werden. Auch an diesen Stellen sollte es möglich sein, das Schwimmen zu erlernen. Eine stärkere Unterstützung für die notwendige Arbeit der DLRG und des Vereins „Sicheres Wasser“ muss durch den Bezirk Bergedorf gegeben sein.

- Sportgeräte im öffentlichen Raum installieren: In Bergedorf gibt es nur an wenigen öffentlichen Plätzen Fitnessgeräte. Dieses Angebot muss ausgebaut werden, denn insbesondere Seniorinnen und Senioren nutzen diese Angebote.

- „Kids in die Clubs“ unterstützen: Das Unterstützungsprogramm „Kids in die Clubs“ (finanzielle Unterstützung für Kinder mit Hartz IV-Hintergrund) muss ausgebaut werden. Dieses Programm ermöglicht Kindern bis 18 Jahren die Sportteilnahme in Vereinen. Das Programm sollte altersmäßig auf 25 Jahre heraufgesetzt werden – vielen Heranwachsenden würde so der Vereinssport ermöglicht werden.

- Breitensportangebote ausbauen: Der Breitensport ist für viele Menschen eine wichtige Gelegenheit, sich mit anderen zu treffen und gemeinsam etwas für sich zu tun. Leistungs- und Spitzensport mit ihren Großveranstaltungen sind wichtig. Der Breitensport darf aber nicht in den Hintergrund verdrängt werden und dem Leistungs- und Spitzensport nicht hinterherhinken.

- Barrierefreiheit sichern: Sportstätten sollten allen Menschen barrierefrei zugänglich sein.

Antifaschismus

Rechtspopulismus bekämpfen – Kein Platz für Nazis und rechte Hetze!

Bergedorf war in Vergangenheit immer wieder einmal Ziel von Neonazis. Auch wenn die Präsenz scheinbar zurückgegangen ist, dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen. Wir müssen im Auge behalten, dass sich die Strukturen der Neonazi-Szene wandeln und wir es auch mit radikalisierten Einzeltätern oder Kleinstgruppen zu tun haben.

Immer wieder ist von einem breiten antifaschistischen Konsens über alle Parteigrenzen hinweg versucht worden, diese Umtriebe zu unterbinden. Bergedorf muss sich weiterhin auf einen kontinuierlichen aktiven Antifaschismus aller Institutionen und Parteien als tägliche Aufgabe besinnen und nicht nur reagieren. Die „Woche des Gedenkens“ ist eine etablierte Bergedorfer Institution, die sich dieser Aufgabe stellt. Wir stehen dafür, dass Nazis in Bergedorf keinen Raum für ihre menschenverachtende Politik finden. Antifaschismus ist für DIE LINKE nach wie vor ein Gut, das es zu würdigen gilt.

Neu in jüngerer Zeit ist das Erstarken des Rechtspopulismus – leider auch in Bergedorf. Hier gilt es, ganz klar Position gegen rechte Hetze und Meinungsmache im Alltag zu beziehen. Der Fokus der politischen Debatte darf nicht nach rechts verschoben werden. Dem Versuch der Ausgrenzung, dem Hass und der Spaltung innerhalb der Gesellschaft muss unsere Solidarität entgegengesetzt werden. Wir wollen ein buntes und vielfältiges Bergedorf und werden mit allen demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräften Lösungen erarbeiten, um zu zeigen, dass der Rechtspopulismus in Bergedorf keine Chance hat und wir unsere Vielfältigkeit in Bergedorf erhalten und ausbauen.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Zusammenarbeit systematisieren: Systematische Zusammenarbeit zwischen Schulen, Projekten und der Gedenkstätte Neuengamme: Die Gedenkstätte in Neuengamme ist im Bezirk der Anlaufpunkt, um die Verbrechen des Nationalsozialismus sichtbar werden zu lassen. Schon heute besuchen Schulklassen geschlossen die Gedenkstätte, um sich ein Bild von der faschistischen Terrorherrschaft zu machen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Projekten und der Gedenkstätte weiter ausgebaut wird und die Gedenkstätte Neuengamme zu einem festen Bestandteil Bergedorfer Schulpolitik wird.

- Öffentlichen Raum schützen: Keine öffentlichen Räume und Plätze für faschistische Organisationen: Nazis haben kein Recht darauf, in unserem Bezirk Platz zu beanspruchen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Nazis Raum zu geben in einem Bezirk, in dem mit dem KZ Neuengamme eine Zentrale faschistischen Mordens stand, ist nicht hinnehmbar. Wir treten dafür ein, alle rechtlichen Mittel gegen Veranstaltungen der Faschisten einzusetzen und rufen zum zivilen Widerstand auf.

- Präventionsarbeit in Vereinen unterstützen: Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in Bergedorfs Vereinen organisiert. Vereine sind ein regelmäßiger Anlauf- und Austauschpunkt. Hier treffen auch Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Deshalb sollten Vereine im Bezirk sich zu einer diskriminierungsfreien und antirassistischen Ausrichtung bekennen. Hier sollte der Bezirk Hilfe und Anregungen für die Vereine anbieten.

- Antifaschistische Projekte fördern: Antifaschismus ist eine tägliche Aufgabe. Die Erfahrung zeigt, dass wir uns jeden Tag gegen menschenverachtende und gewalttätige Neonazis wenden müssen. Deshalb unterstützen wir Projekte und Organisationen, die sich in ihrer täglichen Arbeit dieser Aufgabe widmen.

- Bezirkliche Beratungsstelle einrichten: Einrichtung einer bezirklichen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus: Bergedorf hat eine Geschichte neonazistischer Übergriffe. Wir wollen, dass in Bergedorf eine Anlaufstelle für Opfer neonazistischer Übergriffe aufgebaut wird. Hier können Schulen und Projekte sich in ihrer Arbeit beraten lassen und Aussteigerinnen und Aussteiger aus der rechtsextremen Szene eine erste Hilfe bekommen. Ein erster sinnvoller Schritt wäre dabei die stärkere Vernetzung zum Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Hamburg.

Bezirke stärken

Kommunale Rechte und mehr Demokratie!

Wir alle erleben Politik und Verwaltung vor allem vor unserer Haustür, in unserem Quartier. Umso wichtiger ist es, gerade im Bezirk Mitwirkung zu ermöglichen. Aber schleichend und zumeist unbemerkt werden Aufgaben immer weiter zentralisiert. Bergedorf, als Bezirk mit der kleinsten Bezirksverwaltung, verliert durchgehend Aufgaben, Rechte und Einfluss. Die Bezirksamtsleitung scheint sich mehr und mehr als reines Verwaltungsorgan zu sehen und nicht mehr als Gestaltende eines ganz besonderen Bezirks in Hamburg. Wir treten ein für mehr kommunale Rechte und klar definierte Aufgabengebiete, in die sich Hamburg nicht einmischen darf.

DIE LINKE in Bergedorf fordert:

- Zentralisierung stoppen: Tätigkeiten aus dem Bezirksamt dürfen nicht weiter ausgelagert werden. Vielmehr sind bereits ausgelagerte Aufgaben wieder im Bezirk anzusiedeln.

- Bezirkliche Aufgaben auskömmlich finanzieren: Die Geldzuweisungen aus Hamburg sind nach wie vor nicht auskömmlich und in einigen Bereichen dramatisch unterfinanziert. Der Widerstand gegen dieses Aushungern ist vom Senat gebrochen worden, indem die Mittel festgeschrieben sind und jeder Bezirk, der aufmuckt und mehr Geld verlangt, damit auch sagt, dass andere Bezirke weniger Geld bekommen sollen. So schleppt sich ein völlig überholter Geldverteilungsschlüssel zu Lasten der Bezirke über die Jahrzehnte.

- Handlungsspielraum erweitern: Kommunen können die eigenen Bedarfe am besten selbst einschätzen und entsprechend Mittel vergeben. Dieses Haushaltsrecht wird den Bezirken vorenthalten. Das heißt auch, dass der gestalterische Spielraum

in Bergedorf als flächenmäßig größtem Bezirk Hamburgs mit ganz eigenen Strukturen, de facto nicht vorhanden ist. Selbstbewusstsein und lokale Identität entstehen da, wo Menschen das Gefühl haben, etwas bewegen zu können. Dazu zählt auch, dass der Bezirk den Haushaltsspielraum dafür hat und zwar mit einem eigenen Haushaltsrecht. Wir wollen in Bergedorf einen Bürgerhaushalt einführen, bei dem die Bürgerinnen und Bürger die Verwendung von Geldern selber vorschlagen können. Hamburg muss weg von den Rahmen- und Zweckzuweisungen an die Bezirke, mit denen der Senat vorgibt, was das Beste für den Bezirk ist. Das wissen wir selbst besser!

- Demokratie stärken: Demokratische Rechte, über Jahrzehnte mühsam errungen, werden „dank“ Senatsanweisung und Evokationsrecht ausgehebelt und verstärken den Frust gegen „die da oben“ in den Quartieren des Bezirks. Die Möglichkeit der Bürgerentscheide wird zu Lasten der Rechte der Bezirke nach und nach entwertet. Die Aufgabenverteilung zwischen den Bezirken und dem Land Hamburg muss neu geordnet werden. Dies bedarf Initiativen zur Änderung der hamburgischen Verfassung, um bezirkliche Hoheiten ohne Interventionsrecht des Senats festzuschreiben. Wer im Bezirk Bergedorf wohnt, muss sich auch aktiv an den Kommunalwahlen beteiligen können. Deshalb fordern wir für alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren das Kommunalwahlrecht im Bezirk.

Vier- und Marschlande

Erhalt der Kulturlandschaft der Vier- und Marschlande sicherstellen!

Nirgendwo in Hamburg spielt Landwirtschaft eine solche Rolle wie in den Vier- und Marschlanden mit ihren großen Gemüse- und Blumenanbaugebieten. Traditionell ist das Gebiet der Vier- und Marschlande geprägt durch das Wirken kleiner und mittelständischer Handwerksbetriebe. Große Teile der Vier- und Marschlande sind nach wie vor als naturnahe Flächen oder Naturschutzflächen ausgewiesen. So sind die Vier- und Marschlande gleichzeitig auch ein wichtiges Erholungsgebiet einer Millionenstadt. Der Erhalt dieser einmaligen Kulturlandschaft hat für uns oberste Priorität. Das bedeutet, Flächen für Landwirtschaft, Kleingewerbe oder Naherholung auch zukünftig zu sichern. Die Versiegelung dieser Landschaft durch Großprojekte wie Oberbillwerder lehnen wir ab. Anstelle dessen fordern wir eine angemessene Entwicklung der al-

ten Dorfkerne in den Vier- und Marschlanden. Wichtiger Bestandteil unserer Politik ist weiterhin der Schutz von Rückzugsgebieten für Tiere und Pflanzen.

- NEIN zu Oberbillwerder: DIE LINKE lehnt das Bauvorhaben Oberbillwerder ab, da dies eine unwiederbringliche Zerstörung eines Großteils der Kultur- und Naturlandschaft Billwerders bedeuten würde.

- NEIN zum Gewerbegebiet in der Moorfleeter Wanne: Die Moorfleeter Wanne ist eine der letzten grünen Flächen Moorfleets, nachdem von Moorfleet riesige Areale wie Rothenburgsort und Billbrook abgetrennt wurden und auf dem verbliebenen Rest u. a. Autobahnen, Schlickhügel, Bahngelände, Tankstellen oder Kaufhäuser gebaut wurden.

- JA zu einer Gesamtplanung für Moorfleet: Bei der ab April 2019 geplanten Stadtwerkstatt darf es keine isolierte Betrachtung nacheinander von Gebieten wie Moorfleeter Ortskern, Deich, Wanne und Holzhafen geben. Moorfleet braucht ein Gesamtkonzept, in dem die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner angemessen berücksichtig werden.

- B-Pläne aufstellen: Um den dauerhaften Erhalt der Kulturlandschaft der Vier- und Marschlande sicherzustellen, ist es erforderlich, diese flächendeckend mit Bebauungsplänen zu überziehen. Das Bezirksamt muss personell so ausgestattet werden, dass es dieses leisten kann.

- Entwässerung sichern: Die Entwässerung der Vier- und Marschlande muss gesichert werden. Dazu sind die projektierten Schöpfwerke umgehend zu realisieren. Die zweite Deichlinie muss ertüchtigt werden.

- NEIN zur Öffnung der Dove-Elbe: Die Wiederanbindung der Dove-Elbe an die Stromelbe lehnen wir, aufgrund der absehbaren negativen Auswirkungen auf Menschen und Natur, ab.

- Beitrag der Landwirtschaft zur Landschaftspflege würdigen: Schon jetzt leisten Landwirtinnen und Landwirte einen Großteil der Landschaftspflege in den Vier- und Marschlanden. Um diese ausreichend zu würdigen, muss über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung, z. B. durch Förderprogramme, nachgedacht werden.

- NEIN zur weiteren Nutzung fossiler Energieträger: Wir sprechen uns weiterhin gegen Fracking auch in den Vier- und Marschlanden aus.

- JA zur Energiewende und zur Windkraft: Die maßvolle Bebauung mit Windenergieanlagen innerhalb der vorhandenen Ausbaugebiete, unter Einhaltung der geltenden Abstände, in den Vier- und Marschlanden, als Teil einer dezentralen Energiewende, unterstützen wir.

- Schnelles Internet jetzt: Immer neue Verzögerungen für eine flächendeckende Versorgung der Vier- und Marschlande mit schnellem Internet sind nicht mehr hinzunehmen. Um eine zuverlässige Versorgung sicherzustellen, müssen schnellstmöglich die notwendigen Leitungen verlegt werden. Zur Finanzierung muss die „Digitale Dividende" genutzt werden. Eine Versorgung ausschließlich über Funk ist nicht ausreichend.

- Sielanschluss für alle Haushalte: Wir fordern ein neues Sielausbauprogramm, das sämtliche Haushalte in den Vier- und Marschlanden endlich ans Hamburger Sielnetz anschließt.

- Zukunft der Dorfkerne sichern: Der Zuzug junger Familien erfordert eine maßvolle Entwicklung der Dorfkerne und den Ausbau der örtlichen Infrastruktur, z. B. durch eine bessere Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, die Einrichtung weiterer Kindertagesstätten, eine steuernde Schulentwicklungsplanung und die Ansiedlung von Nahversorgungseinrichtungen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksversammlung

Von links nach rechts:
Lutz Jobs (Listenplatz 4), **Brigitte Schiffler** (Listenplatz 10), **Uwe Bauer** (Listenplatz 6), **Michael Mirbach** (Listenplatz 1), **Uwe Friese** (Listenplatz 5), **Janes Nitsche** (Listenplatz 9), **Robert Gruber** (Listenplatz 15), **Birgit Gruber** (Listenplatz 8), **Helmut Sturmhoebel** (Listenplatz 15), **Ernst Heilmann** (Listenplatz 3), **Maria Westberg** (Listenplatz 2), **Mehmet-Ali Gülbey** (Listenplatz 7)

Wahlprogramm zur Bezirksversammlungswahl 2019

DIE LINKE.

DIE LINKE. Bezirksverband Bergedorf

Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg

Bürozeiten:

Mo: 15 - 18 Uhr

Di: 10 - 13 Uhr

Do: 9 - 13 Uhr

Telefon: 040 25491253

E-Mail: vorstand@dielinke-bergedorf.de

www:linke-bergedorf.de